



Haushalts- und Finanzausschuss

27. Sitzung (öffentlich)

9. Juni 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:20 Uhr

Vorsitz: Manfred Palmen (CDU)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung 5

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, **TOP 3 und TOP 12 abzusetzen.**

1 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) für das Schuljahr 2011/2012 7

Vorlage 15/562

Der Haushalts- und Finanzausschuss **stimmt** dem **Verordnungsentwurf** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP **zu.**

2 Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/977

Ausschussprotokoll 15/178

Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 7. April 2011

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, am 28. Juni 2011 ein **Sachverständigengespräch** zu den von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Änderungen des Entwurfs des Gesetzes zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes (*siehe Anlage*) durchzuführen.

3 Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des WDR-Gesetzes 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1644

Ausschussprotokoll 15/204

*(Der Punkt ist **abgesetzt** [siehe Seite 1])*

4 Erstes Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Erstes KiBiz-Änderungsgesetz 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1929

Verfahrensabsprache

Der Ausschuss **bestätigt** das von den Fraktions-sprecherinnen und -sprechern bereits vereinbarte Verfahren, sich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen **Anhörung** am 22. Juni 2011 **zu beteiligen**.

5 Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer 13

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1924 – Neudruck

Verfahrensabsprache

Angesichts der für den 28. Juni 2011 beschlossenen
Anhörung verzichtet der Ausschuss auf eine Beratung.

6 Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 30. April 2011, insbesondere hinsichtlich der Steuereinnahmen (bis einschließlich Mai 2011) und der übrigen Einnahmen, der Personal- und Zinsausgaben, der Investitionen sowie der Nettokreditaufnahme bzw. der Nettoneuverschuldung 14

Bericht des Finanzministeriums
Vorlagen 15/673 und 15/680

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ohne Diskussion zur
Kenntnis.

7 Regionalisierte Daten der Steuerschätzung Mai 2011, auch im Vergleich zur Steuerschätzung November 2010 und dem dem ursprünglichen Haushaltsentwurf 2011 zugrunde gelegten Steuereinnahmeansatz; insbesondere Darstellung der Auswirkungen auf den Finanzplanungszeitraum 2012 bis 2014 sowie auf die Prognose für den Steuerverbund mit den Kommunen 2012 bis 2014 15

Bericht der Landesregierung
Vorlage 15/678

Die CDU-Fraktion stellt ergänzende Fragen, die zum Teil
noch schriftlich beantwortet werden sollen.

8 World Conference Center Bonn 17

Vorlage 15/652

Sich aus der Vorlage ergebende Fragen werden vom
Vertreter des MWEBWV beantwortet.

9 Finanzierung des U3-Ausbaus 19

Vorlage 15/672

Nach kurzer Diskussion wird auf Wunsch der CDU-Fraktion vereinbart, den Punkt am 7. Juli 2011 noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

10 Feststellungserlass des Finanzministeriums zur Bewirtschaftung der Haushaltsmittel 2011 21

MDgt Dr. Gert Leis (FM) beantwortet Fragen der CDU-Fraktion.

11 Verschiedenes 23

Der Ausschuss **stimmt** dem **Reisevorhaben** des Unterausschusses „Landesbetriebe und Sondervermögen“ für den Fall eines einstimmigen Beschlusses dieses Unterausschusses einstimmig **zu**.

12 WestLB 24

Bericht der Landesregierung

*(Der Punkt ist **abgesetzt** [siehe Seite 1])*

* * *

Aus der Diskussion

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Manfred Palmen entschuldigt zunächst Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans und Staatssekretär Dr. Messal, die an Verhandlungen zur WestLB in Frankfurt teilnahmen.

Zur heutigen Tagesordnung schlägt er vor, **TOP 3 – Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des WDR-Gesetzes** – abzusetzen. Im Innenausschuss sei dieser Punkt ebenfalls abgesetzt worden, weil die SPD-Fraktion gebeten habe, die dazu noch laufenden Verhandlungen abzuwarten. Seines Erachtens sollte dieser Gesetzentwurf neu aufgerufen werden, wenn man wisse, welche Änderungen noch vorgenommen würden.

Hans-Willi Körfges (SPD) weist darauf hin, dass auch die CDU-Fraktion einen Vertagungswunsch geäußert habe, weil noch Beratungsbedarf bestehe und Änderungsanträge gestellt würden.

Zum Stichwort „Beratungsbedarf“ erinnert **Christian Weisbrich (CDU)** daran, dass seine Fraktion am 8. April um eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen des Gesetzes gebeten habe. Es wäre schön, wenn der Ausschuss die Kostenberechnung vor der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfs mitgeteilt bekäme.

MDgt Dr. Lukas Mangelsdorff (FM) kann direkt etwas dazu sagen. Es sei nach den stellenmäßigen Auswirkungen im Haushalt 2011 und in künftigen Haushaltsjahren gefragt worden.

Im Haushalt 2011 seien im Hinblick auf die Novellierung des LPVG keine zusätzlichen Stellen eingerichtet worden. Die neue Freistellungsstaffel nach § 42 LPVG finde erstmals bei Neuwahlen, die erst 2012 stattfänden, Anwendung.

Für künftige Haushaltsjahre gelte, dass ein Mehrbedarf durch die Ressorts im Rahmen des bestehenden Ausgabenbedarfs abzufangen sei. Wenn sich ein Mehrbedarf der Ressorts ergeben sollte, werde darüber im Rahmen der Haushaltsaufstellung entschieden.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Manfred Palmen**, ob der Ausschuss das noch schriftlich bekomme, meint **MDgt Dr. Lukas Mangelsdorff (FM)**, er würde das gerne als Antwort auf die von Herrn Weisbrich gestellte Frage betrachten.

Vorsitzender Manfred Palmen macht deutlich, wenn man den Punkt absetze, könne sich jeder für die abschließende Beratung noch Fragen überlegen. Er habe im Üb-

rigen mit Herrn Börschel, Herrn Mostofizadeh und Herrn Weisbrich darüber gesprochen, dass in jedem Fall der vorgesehene Zeitplan eingehalten werden könne.

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, **TOP 3 abzusetzen**.

Martin Börschel (SPD) regt an, **TOP 10 – Feststellungserlass des Finanzministeriums zur Bewirtschaftung der Haushaltsmittel 2011** – eventuell auch zu verschieben, weil die Hausspitze heute nicht anwesend seien. – **Christian Weisbrich (CDU)** spricht sich dagegen aus. Er habe ein paar Fragen, die vermutlich von den anwesenden Vertretern des Ministeriums beantwortet werden könnten.

Vorsitzender Manfred Palmén schlägt weiter vor, den im nichtöffentlichen Teil vorgesehenen **TOP 12 – WestLB** – ebenfalls abzusetzen. Der Finanzminister habe ihm gestern telefonisch mitgeteilt, dass die zurzeit laufenden Gespräche noch nicht so weit gediehen seien, dass die Landesregierung heute Weiteres berichten könne.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) ist einverstanden und weist ergänzend darauf hin, dass die Koalitionsfraktionen eine Anfrage zur WestLB, unter anderem zur Finanzierung von Gutachtaufträgen, eingereicht hätten. Vielleicht könnten diese Fragen bei der nächsten Ausschussberatung des Themas „WestLB“ mit aufgerufen werden.

Vorsitzender Manfred Palmén ist einverstanden, diese Fragen, soweit sie beantwortbar seien, einzubeziehen, wenn der Punkt „WestLB“ das nächste Mal auf der Tagesordnung stehe.

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, auch **TOP 12 abzusetzen**.

3 Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des WDR-Gesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1644

Ausschussprotokoll 15/204

*(Der Punkt ist **abgesetzt** [siehe Seite 1])*

